

Die ZZ fragt, Politiker antworten



Reicht die neue Gülleverordnung aus, um die Nitrat-Grenzwerte im Grundwasser einhalten zu können?

Serie
Politikern
auf den
Zahn
gefühl

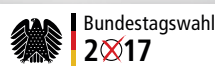
Foto Schulze/dpa

Oliver Grundmann, CDU

Ja, wir haben hier einen Interessensausgleich gefunden. Klima- und Gewässerschutz geht uns alle an. Mit der Änderung der Düngegesetzgebung wurden die Anforderungen an die landwirtschaftliche Düngung verschärft, um Auswirkungen auf die Umwelt – wie den Nitratreintrag – zu verringern. Wo Messwerte überschritten werden, müssen wir wirkungsvolle Maßnahmen entgegen setzen und gemeinsam an einem Strang ziehen. Die Bioenergie-Initiative des Landkreises Rotenburg in Kooperation mit der Landwirtschaft hat hier Vorbildcharakter.



Am Sonntag, 24. September, wird ein neuer Bundestag gewählt. Im Wahlkreis 30 (Stade I – Rotenburg II) stellen sich acht Direktkandidaten zur Wahl. Die Redaktion der ZEVENER ZEITUNG hat



alle hiesigen Bewerber zu verschiedenen bundespolitischen Themen nach ihrer Meinung gefragt. Im heutigen elften Teil unserer Serie „Politikern auf den Zahn gefühlt“ geht es um den Grundwasserschutz.

Oliver Kellmer, SPD

Wahrscheinlich nein. Die neue Düngeverordnung ist jedoch gerade erst in Kraft getreten. Wir werden abwarten und den Erfolg messen müssen. Zurzeit ist die Belastung in einigen Gebieten immer noch zu hoch. Die Belastung von Trinkwasser ist festzustellen.



Ralf Poppe, Bündnis 90/Die Grünen

Das ist das Ziel. Ob es allein durch die Gülleverordnung erreicht werden kann, bleibt abzuwarten.



Klemens Kowalski, Die Linke

Nein. Die Übergangsfristen für Betriebe sind zu lang. Manche Betriebe müssen erst ab dem Jahr 2023 handeln. Die unterschiedlichen regionalen Tierdichten wurden nicht begrenzt. Einige Jahre bleibt alles so, wie es ist. Ungesund! Ein leider nur zögerlicher Schritt, das Grundwasser zu schützen. Etwas Besseres ist von dieser Regierung leider nicht zu erwarten.



André Grote, FDP

Wenn man die Nitratbelastung des Wassers wirklich senken will, sind ein Anreizsystem und die Zusammenarbeit mit den Landwirten viel effektiver als praxisferne bürokratische Auflagen und unnötige finanzielle Belastungen der ohnehin schon stark belasteten Familienbetriebe. Anreizsysteme und ein vernünftiges Nährstoffmanagement sind die richtigen Instrumente, um die Nitratbelastung zu senken.



Astrid zum Felde, AfD

Maßnahmen zum Umweltschutz müssen sinnvoll und praktikabel sein. Die Berücksichtigung der regionalen Unterschiede und Nutzungsarten erhöht die Akzeptanzbereitschaft der Bauern. Maßnahmen, die für ganz Europa einheitlich in Brüssel am grünen Tisch geplant und beschlossen werden, haben planwirtschaftlichen Charakter und sind abzulehnen. Für die Ermittlung von EU-weiten, korrekten Vergleichszahlen der Nitratbelastung des Grundwassers ist die Einrichtung eines repräsentativen Messnetzes erforderlich. Dies ist zurzeit nicht gegeben.



Richard Bodo Klaus, PIRATEN

Die neue Düngeverordnung geht in die richtige Richtung. Die Ermittlung des Nährstoffbedarfes zur Festlegung der Düngeraufbringung ist richtig. Mir fehlt aber die Bestimmung des vorhandenen Nitrates im Boden. Dieser muss zur Vermeidung von Überdüngung berücksichtigt werden. Ob die Düngeverordnung geeignet ist, die Nitratbelastung des Grundwassers zu senken, werden wir erst in einigen Jahren wissen.



Udo Knoop, Einzelbewerber

Ich befasse mich mit den sozialen Problemen der Menschen, wodurch sie entstehen beziehungsweise entstanden sind und wie wir sie beheben können. Daher kann ich keine aussagefähige Antwort auf die Frage geben.

